

Politik-Tourismus für Hilfgelder

Sachsens Ministerpräsident Tillich zum zweiten Mal diese Woche in Döbeln – begleitet von Staatssekretär Roland Werner (CDU)

Region Döbeln (thl). Dass Großschadensereignisse auf Wahlkampfzeiten fallen, wird nicht mehr als ein Zufall sein. Und es hat in der Betrachtung immer zwei Seiten, wenn sich gut gekleidete Herren über Schlamm verschmierte Straßen zwischen Müllbergen durchzwängen. Fakt ist allerdings, dass der Politik-Tourismus durch die Flutregionen eine unverzichtbare Erscheinung ist, wenn es um die Aufmerksamkeit derer geht, die Hilfsprogramme verantworten und damit die existenzielle Zukunft für die gewerbliche Wirtschaft entscheidend mitgestalten.

Nach Mittelsachsen steuerten gestern Limousinen aus Dresden und Berlin. Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) schaute sich die verheerende Lage in Rochlitz an, auch der Wirtschaftsminister Sachsens, Sven Morlok (FDP) war vor Ort und Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) war binnen drei Tagen gleich das zweite Mal in Döbeln. Der Döbelner CDU-Landtagsabgeordnete Sven Liebhauser sorgte gestern schließlich noch dafür, dass auch Roland Werner (CDU) durch die Stiefelstadt spazierte, um erste Hilfsprogramme für die gewerbliche

Wirtschaft zu verkünden. Außer dem von Tillich wenige Stunden zuvor in Rochlitz unterschriebenen Kabinettsbeschluss über die 1500 Euro Soforthilfe für die kleine und mittelständische Wirtschaft, erklärte Werner vor Döbelner Händlern, dass „die Elementarschadens-Richtlinie, die nach der Flut 2002 erstellt wurde, heute im Kabinett wieder aktiviert wurde.“ Damit sollen insbesondere existenzbedrohten Unternehmen Möglichkeiten geschaffen werden, unter Koordination der Sächsischen Aufbaubank (SAB) unkompliziert Darlehen zu erhalten. Unkompliziert

ziert. Auch die Döbelner Unternehmer, die auf dieses Hilfsprogramm vor elf Jahren angewiesen waren, erinnerten sich an das aufwendige Antragsprozedere und die langen Auszahlungsfristen. „Das darf uns nicht wieder passieren“, sagte auch Liebhauser zu Staatssekretär Werner.

Die Schilderungen der Händler, die Tillich und Werner zu hören bekamen: Wer eine Hochwasserversicherung hat, wird jetzt keine mehr bekommen. Wer nicht versichert ist, hat seine Kredite von 2002 gerade erst abgezahlt und muss jetzt neue aufnehmen. „Es ist

nicht wahrscheinlich, dass sich das alle nochmal leisten können“, glaubt etwa Gisela Hitzschke. Und Hörakustikerin Claudia Vogler schilderte dem Staatschef, dass der Schaden bei diesem Hochwasser vielleicht geringer, „die Perspektive für viele Gewerbetreibenden in Döbeln wegen der Doppelbelastung als Unternehmer und Hausbesitzer kaum zu schaffen“, sein wird. Tillich und Werner versprachen Hilfsprogramme für Kleinstunternehmen und die mittelständische Wirtschaft, die aber in Abhängigkeit der Zusagen aus Brüssel und Berlin stünden.